

Deutschland und die Debatte um das Stadtbild

Von Heiko Teggatz, stellvertretender DPoIG-Bundesvorsitzender

Was Sie schon immer über Sicherheit wissen wollten, aber bisher nicht zu fragen wagten? Dieser Satz erinnert sehr an den Titel eines Episodenfilms von Woody Allen aus dem Jahr 1972. Es gibt Themen, über die man nur ungern in aller Öffentlichkeit spricht. Dazu gehören heutzutage Themen wie unkontrollierte illegale Migration, Drogenkriminalität, Antisemitismus, Gewaltkriminalität und „No-go-Areas“.

In den 1970er-Jahren waren es andere Themen. Wir nennen sie auch Tabuthemen. Was jedoch auch nach mehr als 50 Jahren nicht zu widerlegen ist, ist die Tatsache, dass das Tabuisieren eines Themas meist dazu führt, es zu verschlimmern. Wenn nach einem anfänglichen Aufschrei einer linksgrünen Minderheit fast zwei Drittel der in Deutschland lebenden Menschen laut einer Umfrage des ZDF die Aussage des Bundeskanzlers für richtig halten, sind wir genau beim Thema. Nicht, wer sich am lautesten empört, sondern wer offenen Auges durch die Straßen unserer Städte geht, liegt am Ende richtig.

Aber wem erkläre ich das? Natürlich laufen Polizistinnen und Polizisten mit offenem Auge durch unsere Städte. Alles andere wäre ja auch gefährlich. Und natürlich wissen die Kolleginnen und Kollegen, was in diesem Land los ist. Warum? Weil jeder von uns in seiner Grundausbildung beigebracht bekommen hat, wie polizeiliche Sachverhalte aufzunehmen sind, Gefahren abgewehrt und Täter ermittelt werden. Dabei helfen uns insbesondere polizeiliche Lagebilder, nach denen wir unsere polizeiliche Strategie ausrichten.

Wer hat was wann wo getan? Wie, womit, warum? Die sieben goldenen „Ws“. Die möglichst vollständige Beantwortung dieser Fragen ist Grundlage für polizeiliche Lagebilder. Setzt man die Antwort auf die Frage „Womit?“ in Relation zur Antwort nach der Frage „Wo?“, lassen sich bestimmte Orte definieren, an denen vermehrt bestimmte Tatmittel eingesetzt werden. Schaut man in diesem Zusammenhang auf die Antworten zu den Fragen „Wer?“ und „Wann?“, können wir auf Geschlecht, Alter und Nationalität schließen und eine Zeitspanne definieren. Nichts anderes macht das Bundeskriminalamt mit den übermittelten Daten der Polizeien aus Bund und Ländern, um daraus Lagebilder zu bestimmten Kriminalitätsphänomenen zu erstellen.

Warum soll man sich in der öffentlichen Debatte denn nicht auf diese Daten beziehen dürfen? Wenn anhand dieser behördlich zur Verfügung gestellten Daten belegt ist, dass 43 Prozent aller Gewaltdelikte von einem Bevölkerungsanteil begangen werden, der im gleichen Zeitraum gerade einmal 14,5 Prozent ausmacht, nämlich nicht deutsche Straftäter, dann ist das keine Polemik, sondern die Realität (Quelle: PKS 2023).



Opferschutz vor Datenschutz

Wenn die politischen Entscheidungsträger in Bund und Ländern nur die Hälfte der Zeit der Stadtbilddebatte in ernsthafte und vor allem lösungsorientierte Debatten über den Zustand der inneren Sicherheit in Deutschland investieren würden, wären wir alle schon einen großen Schritt weiter. Prävention funktioniert nur durch Aufklärung und eine sichtbare Polizeipräsenz. Dafür braucht es mehr Polizei. KI-gestützte Videotechnik auf Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen kann Prävention unterstützen und zur Aufklärung von Straftaten eingesetzt werden. Dafür braucht es Geld für Technik und gesetzliche Befugnisse, um diese Technik dann auch einsetzen zu können. Hier geht es natürlich auch um Opferschutz. Deshalb darf in diesem Zusammenhang der Datenschutz gerne ein Stück weit nachrangiger betrachtet werden.

Das sollten die Themen im Zusammenhang mit unseren Stadtbildern sein und nicht die Aussage eines Bundeskanzlers.